



Postulat Rüttimann Daniel und Mit. über die Schaffung eines Finanzierungsmodells bei besonders kostenintensiven Heimplatzierungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden

eröffnet am 3. Dezember 2019

Das Postulat nimmt Bezug auf die aktuelle Kantonsstrategie und den darin formulierten Schwerpunkt 6 «Wir pflegen einen fairen Austausch zwischen den Staatsebenen, den funktionalen Räumen und den Regionen». Darin festgehalten ist das Bekenntnis zum Finanzausgleich als Instrument der kantonsweiten Solidarität und des Zusammenhalts.

In diesem Postulat geht es um diese oben formulierte Solidarität unter den Gemeinden bei äusserst kostenintensiven Fällen von Platzierungen in Heime oder Anstalten.

Sachverhalt und Beweggründe:

- Die sehr teuren Einzelfälle für die Gemeinden sind schon verschiedentlich thematisiert worden. Im Kontext der vergangenen Finanzpakete ist jeweils auf eine Lösung mit Solidaritäts-Charakter verzichtet worden.
- Es ist jedoch Tatsache, dass in einzelnen Gemeinden sehr teure Einzelfälle (Schwerstpflegefälle, Verwahrungen u.a.m.) die Gemeindekassen arg strapazieren, und das nicht nur für ein Rechnungsjahr, sondern wiederkehrend.
- Die Gründe für die Kostensteigerungen sind vielschichtig: durch notwendige, verordnete Pflege, durch gesetzliche Bestimmungen oder Anordnungen (z.B. Kesb), durch nicht versicherte Leistungen (Krankenkasse, IV). Es werden wohl zukünftig auch vermehrt Personen unterstützt werden müssen, welche im Rahmen der Flüchtlingswelle in die Schweiz gezogen sind und versicherungstechnisch kein Anrecht auf Unterstützung erhalten.
- Es ist für jede Gemeinde und Stadt, ob Landschaft oder Agglomeration, eine grosse finanzielle Belastung und entspricht nicht dem Solidaritätsgedanken.
- Die Regierung wird aufgefordert, die Regelung anderer Kantone im Falle von kostenintensiven Fällen zu prüfen und mit den Gemeinden ein Finanzierungsmodell zu entwickeln. Allenfalls ist diesbezüglich ein Betrag festzulegen, ab welchem die solidarische Mitfinanzierung wirksam werden würde. Es könnte ein von allen Gemeinden geäufter Solidaritätsfonds geschaffen werden.

Aus diesem Grund fordern wir, dass die Regierung zusammen mit den Gemeinden die Grundlagen schafft, damit Gemeinden bei kostenintensiven Einzelfällen auf eine Solidaritätslösung zurückgreifen können.

Rüttimann Daniel
Jung Gerda
Schurtenberger Helen
Betschen Stephan
Camenisch Rätö B.
Thalmann-Bieri Vroni
Zurkirchen Peter
Odermatt Markus

Wolanin Jim
Schnider-Schnider Gabriela
Gehrig Markus